Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Rpf: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Rpf, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Rpf; amtlich 1 mm 30 Rpf und 24 Rpf; Reklame 25 Rpf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 — Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 31 || **Donnerstag, den 6. Februar 1930** || **82. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

Freitag, den 7. Februar 1930, vorm. 11 Uhr sollen in Oberlichtenau, Gasthof zu den Linden

4 Strickanzüge, 5 Pullover, 25 Paar versch. Strümpfe

meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 6. Februar 1930. **Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts**

Ankündigungen aller Art in dem „Pulsnitzer Tageblatt" sind von denkbar bestem Erfolg.

Young-Plan und Finanzpolitik.

Reichskabinett und Regierungsparteien haben am vergangenen Montag zum erstenmal die großen Fragen besprochen, die nunmehr durch Wochen das Parlament beschäftigen werden, den „Neuen Plan" und die damit im Zusammenhang stehenden finanziellen Notwendigkeiten. Wenn der Young-Plan Annahme findet, sind Haushaltgesetze und Finanzreform, steuer- und zollpolitische Maßnahmen gemäß den vom Ausland gestellten Forderungen neu zu gestalten. Schon der Hinweis, daß der Reichsrat mit außerordentlichen Schwierigkeiten bei der Beratung des Neuen Plans zu kämpfen hatte, daß der Reichstag den Beginn der Plenarsitzungen immer wieder hinausgeschoben hat, zeigt, daß sich die Parteien keineswegs über Annahme oder Ablehnung der vorgelegten Gesetze einig sind. Es geht dieses Mal wirklich um die Zukunft von Generationen. Wir wissen, daß der Optimismus des Außenministers Dr. Curtius nicht einmal im eigenen Lager, in der Volkspartei, überall geteilt wird. Kabinett und Regierungsparteien verhandelten zunächst über die Saarfrage. Ursprünglich hatte das Zentrum durch seinen Vorsitzenden, den Prälaten Kaas, die gemeinsame Behandlung des Neuen Plans mit dem Abschluß der Saarbesetzung gefordert. Davon ist man längst abgekommen. Man „sieht hier" die Verluste noch nicht, die Deutschland erleiden wird. Diese Verluste „sieht man" aber bei dem Liquidationsabkommen mit Polen und seinen Annexen, und sinngemäß sind hier die Widerstände viel stärker. Die Reichsregierung weiß das. Sie hat deshalb den Parteiführern gegenüber kein Hehl daraus gemacht, daß sie mit dem Abkommen stehen und fallen wird. Die Regierung meint, sie könne einen großen Erfolg buchen. Die Dinge liegen so, daß Deutschland auf seine Ansprüche und daß Polen demgegenüber auf fernere Liquidationen verzichten will. Deutschnationale Abgeordnete haben die deutschen Verluste auf 2,5 Milliarden beziffert. Diese Summe ist auch von demokratischer Seite genannt worden. Auffällig ist es, daß das Zentrum Fraktionsverhandlungen vor weiteren Besprechungen verlangt hat. Muß doch der Reichstag auch die noch schwebenden Handelsvertagsverhandlungen mit Polen erledigen, deren Abschluß für Ende des Monats erwartet wird. Es handelt sich dabei um das Schweine- und Kohlenkontingent; über die Schweineeinfuhr soll bereits die Einigung erzielt sein. Fragen des Niederlassungsrechts, der Zulassung der deutschen Dampfschiffahrtlinien zum polnischen Auswandererverkehr, des Roggenübereinkommens harren noch der Regelung. Können die Abgeordneten der Regierungsparteien, die der Landwirtschaft nahestehen, die Verantwortung für die Beschlüsse tragen, die ihnen die Regierung unterbreitet? Darüber werden endgültig erst die Fraktionen entscheiden, die wohl vollzählig am kommenden Montag zusammentreten werden. „Der Osten ist in Gefahr!"

Wenn die Regierungsparteien dem Young-Plan zustimmen, müssen sie vorher die Frage geklärt haben, woher denn alle die Summen genommen werden können, die nun auch weiterhin Jahr für Jahr ins Ausland fließen sollen. Das hat das Zentrum gefordert, als es die bekannte Demarche beim Reichskanzler durchführte. Die Zahlungen können aber nur geleistet werden, wenn es zugleich möglich ist, die deutsche Wirtschaft zur Gesundung zu bringen. Im Dezember hatte die Reichsregierung, der damals noch der sozialdemokratische Finanzminister Dr. Hilferding angehörte, gehofft, die Lage der Industrie erleichtern zu können. Neben Steuererhöhungen brachte das Finanzprogramm Steuererleichterungen. Heute ist nach dem Abschluß der Verträge im Haag und nachdem die erhofften Ersparnisse aus dem Neuen Plan teils ausgeblieben, teils anderweitig verwendet sind, nur noch die Erhöhung von Steuern übriggeblieben.

Die sozialdemokratischen Spitzenorganisationen, deren Vorstände kürzlich gemeinsam mit den freien Gewerkschaften tagten, verlangen vor allem erneute Kapitalzufuhr aus dem Ausland, um vor allem die Finanzierung des Baugewerbes durch-

Annahme des Young-Planes im Reichsrat

Das Polenabkommen nur mit 37 gegen 21 Stimmen bei 8 Enthaltungen gebilligt

Trotz Youngersparnis Defizit — Anschlag auf den Präsidenten von Mexiko — Die europäische Schönheitskönigin „eine Griechin" Beratungen im Reichskabinett

Im Reichsrat wurde das Haager Abkommen über den Young-Plan mit 48 gegen 6 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen. Enthalten haben sich die bayerische Staatsregierung und die Regierung von Mecklenburg-Schwerin. Dagegen gestimmt haben Thüringen, die Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Niederschlesien und Pommern. Die übrigen Staaten haben dafür gestimmt, die sächsische Regierung mit der Erklärung, daß sie diese Zustimmung nur mit schwersten Bedenken gebe.

Die Aussprache im Plenum.

Der Reichsrat hat die große Plenarberatung über sämtliche Haager Vereinbarungen, den Young-Plan und die dazu gehörigen Gesetze, vorgenommen. Der bayerische Ministerpräsident Held, der zu den Verhandlungen des Reichsrates nach Berlin gekommen ist, hat in einer Erklärung bedauert, daß im Ausschuß der bayerische Antrag auf Vertagung der gesamten Beratungen über die Haager Verhandlungen abgelehnt worden sei. Die Finanzlage des Reiches, der Länder und Gemeinden treibe einer Katastrophe zu.

Es sei unmöglich, das Haager Abkommen ohne eine vorherige Sanierung zu erfüllen.

Ueberdies sei dieses Abkommen wiederum auf der Kriegsschuldlüge aufgebaut. Eine Zustimmung zum Haager Abkommen wäre nicht zu verantworten, wenn nicht im gleichen Zeitpunkt Vorsorge für eine innere Sanierung der öffentlichen Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden getroffen werde. Es sei eine unmögliche Zumutung, die Entscheidung über das Haager Abkommen in dem vorgesehenen Eiltempo zu treffen. Die Zustimmung ohne eine gleichzeitige Finanzreform wäre eine Halbheit, die das Reich, die Länder und Gemeinden in die schwerste Gefahr bringen würde.

Vorher hielt als Gesamtberichterstatter der preußische Ministerialdirektor Dr. Brecht einen Vortrag über die gesamten Haager Vereinbarungen,

in dem er zunächst erklärte, daß der Young-Plan eine wesentliche Erleichterung der Zahlungen bedeute und daß die Sanktionen durch die Haager Vereinbarungen beseitigt seien.

Von besonderem Interesse waren folgende Ausführungen: „Die jetzt vereinbarten Annuitäten sind immer noch so hoch, daß auch von uns niemand die Verantwortung übernehmen kann, ihre Aufbringung und noch weniger ihren Transfer als gesichert zu betrachten. Wir haben in dieser Hinsicht die größten Zweifel . . . Für unsere Entscheidung kommt es nicht nur auf die absolute Höhe der Annuitäten an, sonst würden wir das Abkommen ablehnen. Das ist und bleibt in der Geschichte der Vorgang, daß ein Volk neben seinen eigenen Kriegskosten eine solche Kriegsschuld zahlen soll. Aber die Annuitäten sind doch wesentlich geringer als die, zu denen wir zur Zeit auf Grund des Londoner Abkommens von 1924 verpflichtet sind. Lehnen wir den neuen Vertrag ab, so bleibt bis auf weiteres der alte in Kraft."

Im weiteren Verlauf der Reichsratsverhandlung kam es zu einer

Auseinandersetzung zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten, dem Reichsaußenminister und dem Reichsfinanzminister.

Dr. Curtius erklärte, daß die Regierung ebenso wie alle anderen stets gegen das Kriegsschuldurteil des Versailler Vertrages protestieren werde und daß man nicht etwa einen Vertrag vertrete, der die Anerkennung des Kriegsschuldurteils in sich schließe. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer bemerkte, daß die Vorarbeiten für die Sanierung der Reichsfinanzen sehr bald beendet seien. Er werde in der nächsten Woche mit den Finanzministern der Länder über die Beseitigung der Kassennot beraten.

Der Gesandte von Mecklenburg-Schwerin erklärte, daß seine Regierung dem Haager Abkommen nicht zustimmen könne, weil Deutschland unerträglich belastet werde und die Saarfrage noch nicht gelöst sei. Mecklenburg enthalte sich der Stimme, um nicht die Befreiung deutscher Gebiete von fremder Besatzung zu verzögern. Für die vier preußischen Ostprovinzen gab Freiherr von Gayl eine Erklärung ab, daß die Bedenken gegen den Young-Plan nicht zurückgestellt werden könnten, weil die Umstellung der gesamten Wirtschaft und der Finanzpolitik nicht gewährleistet sei. Die Befriedung der Welt könne nicht durch einseitige Opfer deutscherseits herbeigeführt werden. Die thüringische Regierung erklärte sich gleichfalls für die Ablehnung des Abkommens. Es folgte dann die Abstimmung.

Ministerialdirektor Dr. Hammer erklärte dann als Berichterstatter, daß eine Mehrheit in den Ausschüssen des Reichsrates eine

Abänderung der Bestimmungen gefordert hat, wonach der Generalrat der Reichsbahn und der Reichsbank die Gehälter der leitenden Beamten festsetzen kann.

Es ist die Forderung aufgestellt worden, daß die Beamten beider Unternehmen wieder, wie es auch bei der Reichspost noch der Fall ist, in Anpassung an die normalen Beamtengehälter des Reiches bezahlt werden, und zwar mit Rücksicht auf die notwendige besondere Sparsamkeit.

Der Reichsrat nahm dann einen Aenderungsantrag der Stadt Berlin mit 38 gegen 25 Stimmen bei 3 Enthaltungen an, nach dem Schuldverschreibungen inländischer kommunaler Körperschaften ebenso behandelt werden sollen wie die des Reiches und der Länder. Dr. Curtius erklärte dazu, daß sich die Reichsregierung in diesem Punkte eine Doppelvorlage vorbehalte. Dem Reichsbankgesetz wurde in einfacher Abstimmung zugestimmt.

Bei der

Beratung verschiedener Liquidationsabkommen einschließlich des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens

erklärte Freiherr von Gayl für die Vertreter der östlichen Provinzen, daß das deutsch-polnische Abkommen von den östlichen Provinzen nicht angenommen werden könne. Dr. Curtius erklärte noch einmal, daß die Reichsregierung eine Ablehnung des deutsch-polnischen Abkommens für unmöglich halte. Der Antrag Ostpreußens auf Ablehnung des deutsch-polnischen Abkommens wurde dann mit 37 gegen 21 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt, so daß hier die Mehrheit des Reichsrats für die Regierung sehr knapp war. Die gesamten Liquidationsabkommen wurden dann mit 43 gegen 12 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen. Damit hat der Reichsrat die gesamten Gesetze zu den Haager Vereinbarungen erledigt.

Trotz Youngersparnis Defizit

Berlin, 6. Februar. Zu der Kabinettssitzung über den Etat nehmen die Berliner Blätter in Erwartung der Besprechung mit den Parteiführern am Freitag noch nicht Stellung. Nur die „DAZ" weist darauf hin, daß das deutsche Volk jedenfalls vor der erschütternden Tatsache stehe, daß es auch weiter auf einen ernsten Willen zur Sparsamkeit warten solle und daß die Youngplanersparnisse durch Ausgabensteigerungen nicht nur voll verzehrt würden, sondern nicht einmal ausreichten, sie völlig zu decken. In weiten Wirtschaftskreisen, die der Volkspartei und dem Zentrum nahestehen, sei die Stimmung alles andere als freundlich. In den gleichen Kreisen habe es auch besonders befremdet, daß die tatsächliche Verknüpfung zwischen Polenvertrag und Youngplan nun auch formal durch den Einbau des Polenabkommens in das allgemeine Liquidationsgesetz hergestellt

SLUB
Wir führen Wissen.